

No. 33744

**GERMANY
and
SLOVAKIA**

**Agreement concerning transfrontier movement of persons by
road. Signed at Bonn on 25 September 1996**

Authentic texts: German and Slovak.

Registered by Germany on 21 April 1997.

**ALLEMAGNE
et
SLOVAQUIE**

**Accord relatif à la circulation transfrontalière de personnes
par ronte. Signé à Bonn le 25 septembre 1996**

Textes authentiques : allemand et slovaque.

Enregistré par l'Allemagne le 21 avril 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN PERSONENVERKEHR AUF DER STRASSE

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Slowakischen Republik -

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien die Beförderung von Personen im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik und im Transit durch diese Staaten durch Verkehrsunternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen sowie mit Personenkraftwagen (Taxen und Mietwagen) auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter. Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Per-

sonen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrer Wohnung und die Beförderung von Schülern zur Lehranstalt und von dort zu ihrer Wohnung, werden als "Sonderformen des Linienverkehrs" bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(5) Anträge der Verkehrsunternehmer einer Vertragspartei auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind mit einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums dieser Vertragspartei dem Verkehrsministerium der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Verkehrsunternehmers;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu

verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke, Kontrolldokumente und zuständige Behörden werden erforderlichenfalls in der nach Artikel 10 gebildeten Gemischten Kommission erarbeitet.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

- a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),
- b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),
- c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Verkehrsunternehmer mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;

2. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. Amtliche Kennzeichen der Kraftfahrzeuge;
8. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre werden in der nach Artikel 10 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

(1) Die nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilten Genehmigungen dürfen nur von dem Verkehrsunternehmer genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf einen anderen Verkehrsunternehmer übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Unterauftragnehmer einsetzen. Diese brauchen in der Genehmigungsurkunde nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Urkunde mit sich führen.

(2) Die nach diesem Abkommen erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in diesem Abkommen geregelten Fahrten im Fahrzeug mit-

zuführen und auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 7

Bei der Durchführung von Beförderungen aufgrund dieses Abkommens entfallen für jede der Vertragsparteien Zollabfertigungsgebühren, Eingangsabgaben (Zoll, Einfuhrumsatzsteuer und Mineralölsteuer) und die Genehmigungspflicht für die Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von:

- a) Treibstoff, der in den für das jeweilige Kraftfahrzeugmodell vorgesehenen Hauptbehältern, die technisch und vom Aufbau her mit der Kraftstoffanlage verbunden sind, mitgeführt wird; die Zollfreiheit für Treibstoffe in den Hauptbehältern ist bei Kraftomnibussen auf eine Menge von 600 Litern je Fahrzeug beschränkt;
- b) Schmierstoffen, die sich im Kraftfahrzeug befinden und die dem normalen Bedarf für den Betrieb während der Beförderung entsprechen;
- c) Ersatzteilen und Werkzeug zur Instandsetzung des Kraftfahrzeugs, mit dem die grenzüberschreitende Beförderung durchgeführt wird; nicht verwendete Ersatzteile sowie ausgewechselte Altteile müssen wieder ausgeführt oder nach den Bestimmungen der jeweiligen Vertragspartei zollamtlich behandelt werden.

Artikel 8

(1) Die Verkehrsunternehmer sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Verkehrsunternehmers und seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, bei der das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, bei der die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Verkehrsunternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Verkehrsunternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Verkehrsunternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts hinsichtlich der Übermittlung personenbezogener Daten über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 9

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach dem für sie geltenden Recht zu beachtenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.
7. Die mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragten Stellen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 10

Vertreter der Verkehrsministerien beider Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission. Sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung des Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheiden die bevollmächtigten Vertreter der Vertragsparteien.

Artikel 11

Die Verkehrsministerien beider Vertragsparteien teilen sich gegenseitig die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5 und 8 dieses Abkommens mit.

Artikel 12

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren sonstigen völkerrechtlichen Übereinkünften sowie die Verpflichtungen der

Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsstaat in der Europäischen Union werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es bleibt in Kraft, bis eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei schriftlich die Kündigung des Abkommens mitteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu **Bonn** am **25. September 1996**
in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Muss-Dittsch
Schred
1996

Für die Regierung
der Slowakischen Republik:

Rovni

[SLOVAK TEXT — TEXTE SLOVAQUE]

DOHODA MEDZI VLÁDOU SPOLKOVEJ REPUBLIKY NEMECKO
A VLÁDOU SLOVENSKEJ REPUBLIKY O MEDZINÁRODNEJ
CESTNEJ OSOBNEJ DOPRAVE

Vláda Spolkovej republiky Nemecko

a

vláda Slovenskej republiky

so želaním upraviť a podporovať medzinárodnú cestnú osobnú dopravu dohodli sa takto:

Článok 1

Táto dohoda upravuje na základe vnútroštátneho práva zmluvných strán prepravu osôb v medzinárodnej cestnej doprave medzi Slovenskou republikou a Spolkovou republikou Nemecko a tranzit cez tieto štáty, dopravcami oprávnenými vykonávať túto prepravu na výsostnom území svojho štátu.

Článok 2

(1) Osobná doprava v zmysle tejto dohody je preprava osôb a ich batožiny autobusmi ako aj osobnými vozidlami (taxík a prenajaté vozidlo) na vlastný účet alebo na účet tretieho. Zahŕňa aj prázdne jazdy v súvislosti s týmito dopravnými službami.

(2) Za autobusy sa považujú motorové vozidlá, ktoré svojou konštrukciou a vybavením sú vhodné a určené na prepravu viac ako 9 osôb (vrátane vodiča). Za osobné vozidlá sa považujú motorové vozidlá, ktoré sú svojou konštrukciou a vybavením vhodné a určené na prepravu nie viac ako 9 osôb (vrátane vodiča).

Článok 3

(1) Linková doprava je pravidelná preprava osôb na určitej dopravnej linke podľa vopred určeného a uverejneného cestovného poriadku, cestovného a prepravných podmienok; podľa ktorých môžu cestujúci nastupovať a vystupovať na vopred určených zastávkach. Toto platí aj pre dopravu, ktorá sa bude vykonávať v podstate ako linková doprava.

(2) Za linkovú dopravu v zmysle tejto dohody sa pokladá, nezávisle od toho, kto určuje priebeh jazd, aj pravidelná preprava určitých kategórií osôb s vylúčením iných cestujúcich, pokiaľ má charakter linkovej dopravy podľa odseku 1. Táto preprava, najmä preprava zamestnancov na pracovisko a odtiaľ do ich bydliska a preprava žiakov do škôl a odtiaľ do ich bydliska, sa označuje ako "zvláštna forma linkovej dopravy".

(3) Na linkovú dopravu medzi obidvoma štátmi alebo na tranzitnú dopravu je potrebné povolenie príslušných úradov oboch zmluvných strán. Povolenie sa udeľuje po vzájomnej dohode podľa platného práva každej zo zmluvných strán. Povolenie sa môže udeliť až na dobu 5 rokov.

(4) Zmeny vo vedení linky, zmeny zastávok, cestovných poriadkov, cestovného a prepravných podmienok musia vopred odsúhlasiť príslušné úrady oboch zmluvných strán. To isté platí aj pre zastavenie prevádzky.

(5) Žiadosť dopravcu jednej zmluvnej strany na zriadenie linkovej dopravy, ako aj žiadosť podľa odseku 4 sa posielajú so stanoviskom ministerstva dopravy tejto zmluvnej strany ministerstvu dopravy druhej zmluvnej strany.

(6) Žiadosť podľa odseku 4 a 5 musí obsahovať najmä nasledovné údaje:

1. priezvisko a meno alebo firmu, ako aj úplnú adresu dopravcu, podávajúceho žiadosť;
2. druh dopravy;
3. požadovanú dobu povolenia;
4. dobu prevádzky a počet ciest (napr. denne, týždenne);
5. cestovný poriadok;
6. presné vedenie linky (zastávky pre nástup a výstup cestujúcich/iné zastávky/hraničné priechody);
7. dĺžku linky v kilometroch: cesta tam/cesta späť;
8. vzdialenosť prejdenú za deň;
9. dobu riadenia a odpočinku vodičov;
10. počet miest na sedenie v nasadených autobusoch;
11. cestovné a tarifné podmienky.

Článok 4

(1) Kyvadlová doprava je dopravná služba, pri ktorej sa prepravujú vopred vytvorené skupiny cestujúcich pri viacerých cestách tam a späť z toho istého východzieho miesta do toho istého cieľového miesta. Tieto skupiny cestujúcich, ktoré prekonali cestu tam, budú prepravené do východzieho miesta pri neskoršej ceste. Pod východzím a cieľovým miestom sa rozumie miesto nástupu cesty a miesto cieľa cesty, ako aj miesta ležiace 50 km od týchto miest. Okrem prepravy musí prepravná služba zahŕňať ubytovanie cestujúcich so stravovaním alebo bez stravovania v cieľovom mieste prípadne počas cesty. Prvá cesta späť a posledná cesta tam v rade kyvadlových ciest musia byť prázdne.

(2) Priradenie prepravnej služby ku kyvadlovej doprave nie je ovplyvnené tým, že cestujúci so súhlasom kompetentných úradov príslušnej zmluvnej strany vykonajú odlišne s odsekom 1 späťočnú cestu s inou skupinou.

(3) Na kyvadlovú dopravu je vždy potrebné povolenie príslušných úradov druhej zmluvnej strany. Žiadosť na udelenie povolenia podáva dopravca priamo príslušnému úradu druhej zmluvnej strany. Táto sa má sa podať najmenej 60 dní pred začiatkom dopravy.

(4) Žiadosť o povolenie na kyvadlovú dopravu podľa odseku 3 musí obsahovať okrem údajov podľa článku 3 odseku 6 ešte termíny ciest, počet ciest a údaje o mieste a hoteloch alebo iných zariadeniach, v ktorých sú cestujúci ubytovaní počas ich pobytu, ako aj údaje o dĺžke pobytu.

(5) Zásady povoľovacieho konania pri kyvadlovej doprave, formuláre povolenia, kontrolné dokumenty vypracuje a príslušné úrady upresní podľa potreby Zmiešaná komisia zriadená podľa článku 10.

Článok 5

(1) Príležitostná doprava je doprava, ktorá nie je linkovou dopravou v zmysle článku 3 odsek 1 a nie je ani kyvadlovou dopravou v zmysle článku 4.

(2) Na príležitostnú dopravu medzi obidvoma štátmi a na tranzitnú dopravu nie je potrebné povolenie, v prípade, že ide o:

- a) o cesty vykonané jedným motorovým vozidlom, ktoré prepravuje na celej trase rovnakú skupinu cestujúcich a privezie ju do východzieho miesta (okružné cesty so zavretými dverami),
- b) o dopravu, pri ktorej sú na ceste tam prepravovaní cestujúci a spätočná cesta je prázdna (prázdne spätočné cesty),

c) o prázdne cesty tam, s cieľom naložiť a prepraviť opäť do východzieho miesta skupinu cestujúcich, ktorú prepravil ten istý dopravca spôsobom, popísaným v písmene b.

(3) Pri príležitostnej doprave nesmú byť cestujúci cestou ani priberaní ani vysadení, iba ak to povolia kompetentné úrady príslušnej zmluvnej strany.

(4) Pre príležitostnú dopravu, ktorá nezodpovedá ustanoveniam odseku 2 je vždy potrebné povolenie kompetentných úradov príslušnej zmluvnej strany. Žiadosť na udelenie povolenia podáva dopravca priamo príslušnému úradu druhej zmluvnej strany, pričom musí byť podaná najmenej 4 týždne pred začiatkom dopravy.

(5) Žiadosť podľa odseku 4 musí obsahovať najmä nasledovné údaje:

1. priezvisko a meno alebo firmu, ako aj úplnú adresu dopravcu prípadne cestovnej organizácie, ktorá vydala príkaz na prepravu;
2. štát, v ktorom sa vytvorí skupina cestujúcich;
3. východzie a cieľové miesto cesty;
4. trasu jazdy s hraničnými priechodmi;
5. termíny ciest tam a späť;
6. dobu riadenia a odpočinku vodičov;
7. štátnu poznávaciu značku motorových vozidiel;
3. počet miest na sedenie v nasadenom autobuse.

(6) Kontrolné dokumenty pre príležitostnú dopravu bez povolenia budú dohodnuté v Zmiešanej komisii zriadenej podľa článku 10.

Článok 6

(1) Povolenie pridelené podľa článku 3 odseku 3, článku 4 odseku 3, článku 5 odsekov 3 a 4, môže využívať len dopravca, ktorému bude udelené. Nesmie ho využiť iný dopravca a v prípade príležitostnej dopravy ani iné vozidlo ako je uvedené v povolení. V rámci pravidelnej dopravy môže dopravca, ktorému je pridelené povolenie, zaradiť náhradných dopravcov. Títo nemusia byť menovaní v povolení, ale musia mať so sebou úradný odpis tohto povolenia.

(2) Povolenia, kontrolné dokumenty alebo iné prepravné doklady, potrebné podľa tejto dohody sa musia nosiť vo vozidle pri cestách uskutočňovaných v zmysle tejto dohody a na požiadanie predložiť zástupcovi príslušných kontrolných úradov. Kontrolné doklady musia byť pred začiatkom cesty úplne vyplnené.

Článok 7

Prepravy na základe tejto dohody sú oslobodené pri vjazde na výsostné územie zmluvnej strany od colných poplatkov, vstupných poplatkov (clo, dovozná daň a daň z uhľovodíkových palív a mazív) a povolovacej povinnosti pre dovoz do výsostného územia druhej zmluvnej strany:

- a) pohonných hmôt v hlavnej nádrži príslušnej k vozidlu pre práve platné modely vozidiel za predpokladu, že nádrž je technicky a konštrukčne spojená s vozidlom ako jeho súčasť:

oslobodenie od cla pre pohonné hmoty v hlavnej nádrži je pre autobusy obmedzené na 600 litrov na vozidlo:

- b) mazadiel, ktoré sa nachádzajú vo vozidle a ktoré odpovedajú normálnej prevádzkovej potrebe počas prepravy;
- c) náhradných dielov a náradia na opravu vozidla, ktorým sa bude vykonávať medzinárodná preprava; nepoužité náhradné diely ako aj vymenené staré diely sa musia opäť vyviezť alebo colne odbaviť podľa ustanovení príslušnej zmluvnej strany.

Článok 8

(1) Dopravca je povinný dodržiavať ustanovenia právnych predpisov pre oblasť dopravy a prevádzky motorových vozidiel, platné na výsostnom území druhej zmluvnej strany ako aj platné colné ustanovenia.

(2) Pri závažných alebo opakovaných porušeníach právnych predpisov na výsostnom území druhej zmluvnej strany a pri porušeníach ustanovení tejto dohody, ktorých sa dopustil dopravca a jeho personál, vykonajú príslušné úrady zmluvnej strany, v ktorej je vozidlo evidované, na žiadosť kompetentných úradov zmluvnej strany, kde došlo k porušeniu predpisov, jedno z nasledujúcich opatrení:

- a) vyzvanie zodpovedného dopravcu na dodržiavanie platných predpisov (napomenutie);
- b) prechodné vylúčenie z vykonávania dopravy;
- c) zastavenie vydávania koncesí zodpovednému dopravcovi alebo odňatie už pridelenej koncesie na dobu, na ktorú príslušný úrad druhej zmluvnej strany vylúčil dopravcu z vykonávania dopravy.

(3) Opatrenie podľa písmena b) môžu bezprostredne vykonať aj príslušné úrady zmluvnej strany, na ktorej výsostnom území došlo k priestupku.

(4) Príslušné úrady zmluvných strán sa v rozsahu vnútroštátneho práva týkajúceho sa sprostredkovania osobných údajov informujú o vykonaných opatreniach.

Článok 9

Ak sú na základe tejto dohody podľa vnútroštátneho práva odovzdávané osobné údaje, platia nasledovné ustanovenia:

1. Prijemca využíva údaje len na daný účel a sprístupní ich len za podmienok predpísaných orgánom odovzdávajúcej strany.
2. Prijemca informuje orgán odovzdávajúcej strany o využití odovzdaných údajov a o výsledkoch, tým zistených.
3. Osobné údaje sa musia odovzdať výlučne úradom činným v trestnom konaní. Ďalšie odovzdanie na iné miesta môže nasledovať iba s predchádzajúcim súhlasom orgánu odovzdávajúcej strany.
4. Odovzdávajúci orgán je povinný dbať na správnosť odovzdávaných údajov ako aj na ich nutnosť a množstvo s prihliadnutím na účel sledovaný sprostredkovaním. Pritom treba dodržiavať sprostredkovateľské zákazy platné podľa vnútroštátneho práva. Ak sa zistí, že boli odovzdané nesprávne údaje alebo údaje, ktoré nesmú byť odovzdané, musí sa to neodkladne oznámiť príjemcovi. Tento je povinný vykonať opravu alebo dáta zničiť.
5. Postihnutému sa na jeho žiadosť vydajú dostupné informácie týkajúce sa jeho osoby ako aj informácie o plánovanom účele použitia. Povinnosť vydania informácií nevzniká, pokiaľ existuje dôvod na zváženie, že verejný záujem nevyžaduje informáciu prevažujúcu nad záujmom postihnutého na vydanie informácie. V ostatnom sa riadi právo postihnutého, získať o svojej osobe dostupné informácie, podľa vnútroštátneho

práva zmluvnej strany, na ktorej výsostnom území sa požaduje informácia.

6. Odovzdávajúci orgán upozorňuje pri odovzdávaní na lehotu výmazu trestu, ktorú treba dodržiavať podľa platného práva. Nezávisle od tejto lehoty sa odovzdané údaje vymažú po zaniknutí potreby.
7. Miesta, poverené vykonávaním tejto dohody, sú povinné zakladať sprostredkovanie a príjem osobných údajov do spisov a odovzdané osobné údaje účinne chrániť pred neoprávneným prístupom, neoprávnenými zmenami a neoprávneným zverejnením.

Článok 10

Zmiešanú komisiu tvoria zástupcovia ministerstiev dopravy oboch zmluvných strán. Schádza sa na žiadosť jednej zmluvnej strany na zabezpečenie riadneho vykonávania tejto dohody. V prípade potreby vypracuje Zmiešaná komisia za účasti iných kompetentných miest návrhy na prispôbenie dohody rozvoju dopravy ako aj zmeneným právnym predpisom. Ak sa nedospeje k zhode, rozhodnú splnomocnení zástupcovia zmluvných strán.

Článok 11

(1) Ministerstvá dopravy oboch zmluvných strán si vzájomne oznámia kompetentné úrady podľa článkov 3, 4, 5 a 8 tejto dohody.

Článok 12

Prava a povinnosti zmluvných strán vyplývajúce z ich ostatných medzinarodných dohôd, ako aj záväzky Spolkovej republiky Nemecko ako člena Európskej únie, ostanú touto dohodou nedotknuté.

Článok 13

(1) Táto dohoda nadobúda platnosť dňom podpísania.

(2) Táto dohoda sa uzatvára na dobu neurčitú. Zostáva v platnosti, kým jedna zo zmluvných strán neoznámí písomne druhej zmluvnej strane výpoveď. V takom prípade dohoda stráca platnosť šesť mesiacov po doručení výpovede.

Dané v ... *Bonn* dňa *25. September 1996*
v dvoch vyhotoveniach, každé v nemeckom a slovenskom jazyku,
pričom obidve znenia majú rovnakú platnosť.

Za vládu
Spolkovej republiky Nemecko:

Naus-Diwo Schreel
[Signature]

Za vládu
Slovenskej republiky:

[Signature]

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
SLOVAK REPUBLIC CONCERNING TRANSFRONTIER MOVE-
MENT OF PERSONS BY ROAD

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Slovak Republic,

Desiring to regulate and promote the trans-frontier movement of persons by road.

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement regulates, on the basis of the domestic laws of the Contracting Parties, the trans-frontier movement of persons by road between the Federal Republic of Germany and the Slovak Republic and their transit through those States using transportation enterprises authorized to provide such services in the territory of their State.

Article 2

(1) For the purposes of this Agreement, “movement of persons” means the transportation of people and their luggage in buses and cars (taxis and rental cars) on their own account or that of third parties. This shall apply also to empty runs in connection with these transportation services.

(2) “Buses” means vehicles built and fitted in such a way as to be suited and designed to carry more than nine people, including the driver. Cars shall be defined as vehicles built and fitted in such a way as to be suited and designed to carry not more than nine people, including the driver.

Article 3

(1) Liner transport shall be regular transportation of persons along a specific route, in accordance with pre-determined and published schedules, fares, and conditions, during which passengers can board and alight at pre-established stopping points. The same shall apply to transportation similar to liner transport.

(2) Irrespective of who determines the course of the journeys, for the purposes of this Agreement liner transport shall also include regular transportation of certain categories of persons, to the exclusion of other passengers, provided that the characteristic features of liner transport in accordance with paragraph 1 are present. In particular, the transportation of workers to their workplace and back to their homes and the transportation of schoolchildren to and from school shall be denoted “Special forms of liner transport”.

(3) Liner transport in the form of interconnecting or through traffic shall require authorization by the competent authorities of both Contracting Parties. Per-

¹ Came into force on 25 September 1996 by signature, in accordance with article 13.

mission shall be granted by mutual consent in accordance with the laws in force for the respective Contracting Party. Permission may be granted for a period of up to five years.

(4) Changes in routes, stops, schedules, fares and conditions of carriage shall require prior authorization by the competent authorities of both Contracting Parties. The same shall apply to closure of the service.

(5) Applications by carriers of a Contracting Party to engage in liner transport and applications in accordance with paragraph 4 shall be sent, together with a statement by the Ministry of Transport of that Contracting Party, directly to the Ministry of Transport of the other Contracting Party.

(6) Applications pursuant to paragraphs 4 and 5 must in particular contain the following data:

1. Name and given name or company name and full address of the carrier applying;
2. Type of transport;
3. Duration of permit requested;
4. Period in which service will be provided and number of trips (e.g. per day or week);
5. Schedule;
6. Exact route (stops for setting down or taking on passengers/other stops/frontier crossing points);
7. Length of route, in kilometres: one-way/return trip;
8. Length of route covered per day;
9. Time spent by the driver at the wheel and resting times;
10. Number of seats on buses to be used;
11. Fares and conditions of carriage.

Article 4

(1) Commuter traffic shall be understood as multiple round-trip transportation of previously formed groups of passengers to and from the same destination and starting-point areas. These groups, consisting of passengers who have reserved the return journey, shall be brought back to the starting point on a later journey. Starting point and destination areas shall be understood as the point at which the journey begins and the point of destination, as well as places within a 50-kilometre radius of those points. In addition to carriage, lodging for the group, with or without catering at the point of destination or where applicable during the journey, shall be included. The first return trip and the last outgoing trip in the commuter traffic sequence must be empty runs.

(2) The designation of a transportation service as commuter traffic shall not be affected when, with the authorization of the competent authorities in the Contracting Party or Parties concerned, travellers deviate from the norm stated in paragraph 1 and return with another group.

(3) Individual instances of commuter traffic shall require authorization by the competent authorities of the other Contracting Party. Application for authorization

must be made directly to the competent authority of the other Contracting Party, at least 60 days before the start of transportation.

(4) Applications for authorization of commuter traffic pursuant to paragraph 3 must include, in addition to the data required under article 3, paragraph 6, the dates of travel, number of journeys, and details of the place and hotels or other establishments where the passengers will be lodging during their trip, together with information on the duration of their stay.

(5) Guidelines on authorization procedures for commuter transport, authorization forms, control documents and competent authorities shall, where necessary, be determined by the Joint Commission formed under article 10.

Article 5

(1) Occasional transport shall be understood to be transport that is not liner transport in the sense of article 3, paragraph 1, nor commuter traffic in the sense of article 4.

(2) Occasional transport in the form of interconnecting or through traffic shall not require authorization, in the case of:

(a) Journeys conducted in a single vehicle conveying the same group of passengers for the entire trip and bringing them back to their starting point (closed-door round trips);

(b) Transport of passengers to a destination, whereby the return journey is an empty run (empty return runs); or

(c) Empty outgoing runs to pick up a group of passengers previously taken by the same carrier pursuant to (b), and to bring them back to the starting point.

(3) During occasional transport, no passengers may board or alight, unless the competent authority of the Contracting Party concerned grants permission.

(4) Occasional transport other than that specified in paragraph 2 shall require, for each case, authorization by the competent authorities of the other Contracting Party. Application for authorization must be made direct to the competent authority of the other Contracting Party at least four weeks prior to transport.

(5) Applications pursuant to paragraph 4 must in particular contain the following data:

1. Name and given name or company name and full address of the carrier or, where applicable, the tour operator submitting the application;
2. Country in which the group of passengers is formed;
3. Starting point and destination;
4. Route and frontier crossing points;
5. Information regarding the outward and return journeys;
6. Time spent by the driver at the wheel and resting times;
7. Official identification data of the vehicle; and
8. Seating room in buses to be used.

(6) Control documents for occasional transport exempt from authorization requirements shall be agreed upon in the Joint Commission formed pursuant to article 10.

Article 6

(1) Permits granted pursuant to article 3, paragraph 3, article 4, paragraph 3, and article 5, paragraphs 3 and 4 may only be used by the carrier to which they were issued. They may neither be transferred to another carrier nor, in the case of occasional transport, be applied to vehicles other than those specified in the authorization. In the case of liner transport, a carrier granted a licence may subcontract. The names of the subcontracted firms need not be named in the permit. However, they must always carry with them a certified copy of that permit.

(2) All licences, control documents and other transport papers required under this Agreement must be kept in the vehicles used in all trips regulated by it and shown upon request to representatives of the competent inspection authorities. Control documents must be completed in full prior to departure.

Article 7

For transportation under the terms of this Agreement, for each of the Contracting Parties customs clearance fees, import duties (customs, turnover tax on imports, and the mineral oil tax), and the obligatory licences for imports into the territory of the other Contracting Party shall be waived for:

(a) Fuel carried in the main tanks designed for and built into the vehicle concerned and technically connected to its fuel compartments. In buses, exemption from customs duties for fuel in the main tanks shall be subject to a 600-litre per vehicle ceiling.

(b) Oils on board the vehicle in quantities proportionate to normal usage during carriage;

(c) Spare parts and tools for maintenance of the vehicle used to transport persons across the border. Unused spare parts and replaced parts must be taken back out or be subject to the customs regulations of the Contracting Party concerned.

Article 8

(1) Carriers must comply with the transport and vehicle-related legislation, and customs regulations, in force in the territory of the other Contracting Party.

(2) In the event of serious or repeated violations by a carrier and its drivers of the laws in force in the territory of the other Contracting Party and contrary to the provisions of this Agreement, the competent authorities of the Contracting Party in which the vehicle is licensed shall, at the request of the Contracting Party in whose territory the violation was committed, adopt one of the following measures:

(a) Call to the carrier responsible to abide by the laws and regulations in force (warning);

(b) Temporary exclusion of the carrier's transportation services;

(c) Refusal to issue permits to the carrier responsible or withdrawal of a permit already granted for the period for which the competent authorities of the other Contracting Party have excluded the carrier from providing transportation.

(3) The measure referred to under letter (b) above may also be adopted directly by the competent authorities of the Contracting Party on whose territory the violation was committed.

(4) The competent authorities of the Contracting Parties shall notify each other of the measures adopted in accordance with their domestic laws on the provision of data relating to individuals.

Article 9

Where, on the basis of this Agreement and in accordance with national law, data relating to individuals are furnished, the following provisions shall apply:

(1) The recipient may use the data only for the purpose and subject to the conditions specified by the department providing them.

(2) The recipient shall, upon request, inform the department providing them of the use made of the data and of the results of that use.

(3) Data relating to individuals may be provided only to the prosecuting authorities. Forwarding of those data to other departments may take place only with the permission of the department providing the information.

(4) The department providing the data must ensure that the data to be provided are correct, necessary, and proportionate to the purpose for which they have been requested. Prohibitions on the provision of data under national law shall be respected. If it is shown that incorrect data, or data that should not have been provided, were provided, the recipient shall be informed immediately. The recipient must then correct or destroy the data.

(5) The individual concerned shall be informed upon request of the information regarding him and the use to which it is to be put. The obligation to provide this information shall not apply if the public interest in not providing it outweighs the interest of the person concerned in being informed. In all other respects, the right of the individual concerned to be informed of the available data regarding him shall be governed by the national law of the Contracting Party on whose territory the application to be informed was made.

(6) The department providing the data shall inform the recipient of the dates by which they expire under its law. Irrespective of these deadlines, the data provided on individuals shall be deleted as soon as the grounds for their provision cease to apply.

(7) The Contracting Parties must keep an official record of the provision and receipt of data relating to individuals and to provide effective protection of data relating to individuals against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized publication.

Article 10

Representatives of the Ministries of Transport of the two Contracting Parties shall form a Joint Commission. It shall meet at the request of a Contracting Party to ensure the orderly implementation of this Agreement. If necessary, the Joint Commission shall, with the participation of other competent departments, put forward proposals for adapting the Agreement to developments in transportation and to changes in the laws and regulations. Should agreement not be reached, a decision shall be taken by the authorized representatives of the Contracting Parties.

Article 11

The Ministries of Transport of the two Contracting Parties shall notify each other of their competent authorities pursuant to articles 3, 4, 5 and 8 of this Agreement.

Article 12

This Agreement shall not affect the rights and duties of the Contracting Parties under other international legal agreements or the obligations of the Federal Republic of Germany as a member State of the European Union.

Article 13

(1) This Agreement shall enter into force on the day it is signed.

(2) This Agreement shall remain in force for an indefinite period, unless one of the Contracting Parties informs the other in writing that it is denouncing it. In that case the Agreement shall cease to be in force six months after the receipt of the denunciation.

DONE at Bonn on 25 September 1996, in two original copies in the German and Slovak languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

HANS-DIETER SCHEEL

JOHANNES NITSCH

For the Government
of the Slovak Republic:

DEZIDER SZABÓ

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE
LA RÉPUBLIQUE SLOVAQUE RELATIF À LA CIRCULATION
TRANSFRONTALIÈRE DE PERSONNES PAR ROUTE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République slovaque,

Désireux de réglementer et de faciliter la circulation transfrontalière des personnes par la route,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord régit, dans le cadre de la législation intérieure des Parties contractantes, la circulation par route transfrontalière des personnes entre la République fédérale d'Allemagne et la République slovaque, et leur transit à travers lesdits États par des transporteurs qui, sur le territoire de leur pays, sont habilités à entreprendre ces transports.

Article 2

1) La circulation des personnes au sens du présent Accord s'entend de la circulation des personnes et de leur bagage par autobus ou par des voitures de tourisme (taxis et voitures louées contre paiement par soi-même ou une tierce personne). Les dispositions s'appliquent également aux voyages à vide liés à ce service routier.

2) Le terme « autobus » s'entend pour le transport des passagers de tout véhicule routier à propulsion mécanique construit ou adapté pour le transport des passagers, capable de transporter plus de neuf personnes, y compris le conducteur.

Article 3

1) L'expression « transport régulier » s'entend des transports effectués à intervalles déterminés selon des itinéraires où les voyageurs sont embarqués ou débarqués à des arrêts désignés à l'avance. Cette disposition s'applique également aux transports entrepris dans des conditions similaires à celles des transports réguliers.

2) L'expression « transport régulier » au sens du présent Accord s'entend également d'un transport régulier de catégories déterminées de personnes à l'exclusion d'autres voyageurs dans la mesure où les indications des lignes régulières, au sens du paragraphe 1, sont fournies. Ces transports et en particulier les transports de travailleurs vers leur lieu de travail et de là vers leurs logements, ainsi que les transports d'élèves vers l'école et de là vers leurs logements, sont désignés sous le nom de « formes spéciales de transports réguliers ».

3) Les transports réguliers en circulation alternée ou en transit nécessitent l'autorisation des fonctionnaires compétents des deux Parties contractantes. Ladite

¹ Entré en vigueur le 25 septembre 1996 par la signature, conformément à l'article 13.

autorisation est accordée sur la base de la réciprocité et en fonction de la législation en vigueur de chaque Partie contractante. Ladite autorisation peut être accordée pour une période qui peut aller jusqu'à cinq ans.

4) Les modifications apportées aux itinéraires, aux arrêts, aux horaires, aux tarifs et aux conditions du transport nécessitent l'accord préalable des fonctionnaires compétents des deux Parties contractantes. Il en est de même pour l'interruption des services.

5) Les propositions d'un transporteur d'une des Parties contractantes pour l'établissement d'un service régulier de même que les propositions relevant du paragraphe 4 sont immédiatement communiquées avec l'avis du Ministère des transports de ladite Partie contractante au Ministère des transports de l'autre Partie contractante.

6) Les propositions au sens des paragraphes 4 et 5 doivent par ailleurs contenir les informations suivantes :

1. Nom et prénom ou société de même que l'adresse complète du transporteur demandeur;
2. Type de transport;
3. Durée de l'autorisation demandée;
4. Période et nombre des transports (par exemple quotidien, hebdomadaire);
5. Horaires;
6. Description exacte de l'itinéraire (arrêts pour charger ou décharger des passagers/autres arrêts/postes de franchissement des frontières);
7. Longueur du service en kilomètres : aller/retour;
8. Longueur des parcours journaliers;
9. Temps de travail et de repos du conducteur;
10. Nombre de places assises de l'autobus prévu pour le service;
11. Tarifs et conditions de transport.

Article 4

1) Les services de navette désignent ceux qui permettent au moyen de voyages répétés d'aller et de retour de transporter des groupes de passagers réunis par avance d'une zone unique de départ vers une zone unique de destination. Ces groupes composés de passagers, qui ont fait le trajet à l'aller, seront ramenés par un service ultérieur à leur point de départ. Sont désignés comme lieu de départ et lieu de destination la commune où débute le voyage et la commune où le voyage se termine, ainsi que les communes situées dans un rayon de 50 km. En sus du transport lui-même, la prestation doit inclure le logement du groupe de voyageurs — avec ou sans ravitaillement — sur le lieu de destination et éventuellement lors du voyage. Le premier voyage de retour et le dernier voyage d'aller doivent être faits à vide.

2) La classification d'un service de transport comme service de navette n'est pas affectée dans les cas où, avec l'accord des autorités compétentes de la Partie contractante concernée, ou des Parties contractantes, les voyageurs exécutent le voyage de retour avec un autre groupe sans égard au paragraphe 1.

3) Les services de navette nécessitent pour chaque cas l'autorisation des fonctionnaires compétents de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être immédiatement adressée aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante et être déposée soixante jours au moins avant le début du service.

4) Les demandes d'autorisation pour les services de navette aux termes du paragraphe 3 doivent, en plus des renseignements demandés au paragraphe 6 de l'article 3, donner en outre les dates du voyage, le nombre des services et des renseignements sur le lieu de destination et les hôtels ou autres installations dans lesquels les voyageurs vont loger pendant leur séjour ainsi que la durée du séjour.

5) Les dispositions concernant les autorisations en ce qui touche les services de navette, les imprimés, les documents de contrôle et les autorités compétentes seront mises au point selon les besoins par la Commission mixte prévue à l'article 10.

Article 5

1) Les transports occasionnels s'entendent des transports qui ne sont pas réguliers au sens du paragraphe 1 de l'article 3 et qui ne sont pas non plus des services de navette au sens de l'article 4.

2) Les services occasionnels pour les voyages par roulement ou en transit ne nécessitent aucune autorisation lorsqu'il s'agit :

a) De voyages entrepris avec un véhicule à moteur qui transporte, sur l'itinéraire entier, le même groupe de voyageurs et le ramène au point de départ à la fin du voyage (voyages circulaires avec les portes fermées);

b) De transports selon lesquels les voyageurs sont pris à l'aller et dont le voyage de retour est effectué à vide (voyages de retour à vide);

c) De voyages aller à vide pour récupérer un groupe de voyageurs qui a été transporté auparavant par le même transporteur aux termes de l'alinéa b et qu'il faut ramener à son point de départ.

3) Pendant les services occasionnels, les voyageurs ne peuvent ni être pris ni déposés, à moins que les autorités compétentes de la Partie contractante concernée aient donné leur accord.

4) Les services occasionnels qui ne correspondent pas aux dispositions du paragraphe 2 doivent obtenir dans chaque cas l'accord des autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La demande de délivrance d'une autorisation est à adresser immédiatement aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante, et cela quatre semaines au moins avant le début du transport.

5) Les demandes d'autorisation aux termes du paragraphe 4 doivent en outre contenir les précisions suivantes :

1. Nom et prénom ou société, de même que l'adresse complète du transporteur et éventuellement celle de l'agence de voyage qui a commandé le transport;
2. Etat dans lequel le groupe de voyageurs est assemblé;
3. Points de départ et d'arrivée du voyage;
4. Itinéraire avec indication des postes frontières;
5. Date de l'aller et du retour;
6. Temps de conduite et de repos des conducteurs;

7. Plaque d'immatriculation officielle du véhicule;
8. Nombre des places assises des autobus prévus pour le transport.
 - 6) Les documents de contrôle pour les autorisations concernant les voyages occasionnels sont établis par la Commission mixte créée aux termes de l'article 10.

Article 6

1) Les autorisations qui sont délivrées aux termes du paragraphe 3 de l'article 3, du paragraphe 3 de l'article 4 et des paragraphes 3 et 4 de l'article 5 ne peuvent être utilisées que par le transporteur au titre duquel elles sont établies. Elles ne peuvent pas être transférées à un autre transporteur ni, dans le cas d'un service occasionnel, utilisées pour un autre véhicule que celui indiqué dans l'autorisation. Pour ce qui est d'un service de transport régulier, le transporteur au nom duquel l'autorisation est établie peut désigner des sous-traitants. Les noms de ces derniers ne sont pas obligés de figurer sur le formulaire d'autorisation mais les intéressés doivent néanmoins posséder une copie certifiée de ce formulaire.

2) Les autorisations, documents de contrôle ou autres documents de transport nécessaires au titre du présent Accord doivent dans tous les voyages réglés par cet Accord se trouver dans le véhicule et être présentés sur demande aux autorités de contrôle compétentes. Les documents de contrôle doivent être entièrement remplis avant le départ.

Article 7

Lors des transports entrepris aux termes du présent Accord, sont exonérés des impôts et taxes douaniers (douane, impôt d'importation et impôt sur l'essence) et des autorisations pour l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante :

a) Le carburant transporté dans le réservoir principal prévu par le constructeur pour alimenter le moteur; l'exonération douanière pour le carburant dans le réservoir principal est limitée pour les autobus à 600 litres par véhicule;

b) Les lubrifiants qui se trouvent dans le véhicule et sont en quantité nécessaire pour l'utilisation pendant le voyage;

c) Les pièces détachées et les outils nécessaires pour la réparation d'un véhicule effectuant un transport routier transfrontalier; les pièces détachées qui sont remplacées comme celles qui ne sont pas utilisées doivent être réexportées ou traitées selon les stipulations des autorités douanières compétentes de l'autre Partie contractante.

Article 8

1) Les transporteurs sont tenus de respecter les lois et règlements en vigueur en ce qui concerne la circulation ainsi que les instructions de la douane en vigueur, sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2) Lorsqu'un transporteur et ses conducteurs enfreignent de façon grave ou répétée les dispositions du présent Accord ou la législation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante, l'autorité compétente de la Partie contractante où l'infraction ou les infractions ont été commises peut :

a) Adresser un avertissement au transporteur afin qu'il respecte les réglementations en vigueur;

b) Décider d'une exclusion temporaire du trafic routier;

c) Ne plus émettre d'autorisations au transporteur responsable ou retirer une autorisation déjà délivrée pour la durée de l'exclusion du trafic routier imposée au transporteur par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante.

3) La mesure visée à l'alinéa *b* peut également être immédiatement prise par l'autorité compétente de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

4) Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informent mutuellement des mesures prises dans le cadre des dispositions de leur législation nationale en ce qui concerne la transmission des données concernant des personnes.

Article 9

Quand des données concernant des personnes sont transmises dans le cadre du présent Accord et en respectant les législations nationales, les dispositions suivantes sont à respecter :

1) L'utilisation des données par le destinataire est limitée au but annoncé et dans les conditions du service expéditeur.

2) Le destinataire informe le service expéditeur, à la demande de ce dernier, de l'utilisation des données transmises et des résultats ainsi obtenus.

3) Les données sur les personnes ne peuvent être communiquées qu'aux seules autorités de maintien de l'ordre. Leur communication ultérieure à d'autres services ne peut avoir lieu qu'avec l'accord préalable du service expéditeur.

4) Le service expéditeur doit veiller à la véracité des données prévues pour la transmission et à ce que le but recherché nécessite et autorise cette transmission. Il faut veiller aux législations nationales respectives concernant les interdictions de transmissions de données. En cas de transmission de données incorrectes ou de données dont la transmission est prohibée, le destinataire doit être immédiatement informé. Ce dernier doit procéder à leur rectification ou à leur destruction.

5) A la demande de la personne concernée, cette dernière doit être informée des renseignements la concernant et de leur utilisation prévue. Cette obligation n'est pas effective lorsqu'un examen révèle que l'intérêt public interdisant la transmission de l'information prime sur le droit de la personne concernée à obtenir cette information. De plus, le droit de la personne concernée à obtenir des données la concernant est régi par la législation nationale de la Partie contractante sur le territoire national de laquelle l'information est demandée.

6) Lors de la transmission, le service expéditeur indiquera les délais concernant la destruction des données imposés par la législation en vigueur. Indépendamment de ces délais, les données sur les personnes doivent être détruites quand leur nécessité ne s'impose plus.

7) Les services des Parties contractantes chargés d'appliquer le présent Accord sont tenus d'enregistrer la transmission et la réception des données sur les personnes et ils doivent protéger les données qu'ils ont reçues contre tout accès, toute modification et toute dissémination non autorisées.

Article 10

Les représentants des Ministères des transports des deux Parties contractantes constituent une Commission mixte qui se réunit à la demande de l'une ou l'autre Partie contractante pour garantir l'application du présent Accord. Lorsque c'est

nécessaire, la Commission mixte élabore, avec la participation d'autres services responsables, des propositions amendant l'Accord en fonction de l'évolution de la circulation ou de modifications d'ordre juridique. Si une entente n'est pas réalisée, les représentants mandatés des Parties contractantes prennent une décision.

Article 11

Les Ministères des transports des deux Parties contractantes se communiquent les coordonnées des autorités compétentes au sens des articles 3, 4, 5 et 8 du présent Accord.

Article 12

Les droits et les obligations des Parties contractantes résultant d'autres Accords internationaux, ainsi que les obligations de la République fédérale d'Allemagne en tant qu'Etat membre de l'Union européenne, ne sont pas affectés par les dispositions du présent Accord.

Article 13

- 1) Le présent Accord entre en vigueur à sa signature.
- 2) Le présent Accord est conclu pour une période indéfinie. Il demeure en vigueur jusqu'à ce qu'une Partie contractante informe l'autre par écrit de sa décision d'y mettre fin. Dans ce cas, l'Accord reste en vigueur pendant six mois après réception du préavis.

FAIT à Bonn le 25 septembre 1996 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et slovaque, chaque texte faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

HANS-DIETER SCHEEL

JOHANNES NITSCH

Pour le Gouvernement
de la République de Slovaquie :

DEZIDER SZABÓ
